

Newsletter

Tirol-Büro Brüssel



Themen in dieser Ausgabe

Neues aus den Institutionen

Europäische Kommission

- **Brexit: Neuwahlen im House of Commons verzögern Entscheidung über den Austritt** 2
- **Nach Gouillard-Desaster: Droht Macrons neuem Kandidaten das gleiche Schicksal?** 3
- **Streit um Rumäniens Kommissionskandidaten** 4
- **Sicherheitsunion: Kommission fordert weitere Anstrengungen und Fortschritte** 5

Europäisches Parlament

- **EU Parlament spricht sich gegen die Verstärkung der Seenotrettung aus** 6
- **Kandidaten für die Wahl des Europäischen Bürgerbeauftragten** 7

Sonstiges

- **EU, Island und Norwegen stimmen Vertiefung der Zusammenarbeit im Klimaschutz zu** 8
- **Endgültige Wahlbeteiligungsdaten für die Europawahlen 2019 bekannt gegeben** 9

| | |
|---|-----------|
| Laufende Konsultationen | 10 |
| Tagesordnungen der Institutionen | 11 |
| Impressum | 11 |

Gemeinsatme Vertretung der
Europaregion Tirol-Südtirol-
Trentino bei der EU

Tirol-Büro Brüssel
Rue de Pascale 45-47
B-1040 Brüssel

Tel.: 0032 2 743 27 00
Fax: 0032 2 742 09 80
E-Mail: info@alpeuregio.eu



Europäische Kommission

Brexit: Neuwahlen verzögern Entscheidung über den Austritt

Großbritannien wird erneut in den Wahlkampf gehen. Am Abend des 29. Oktobers stimmten die Abgeordneten des House of Commons für Neuwahlen am 12. Dezember. Bis dahin soll keine weitere Entscheidung über den Austritt aus der Union gefällt werden.

Nachdem das Vereinigte Königreich und die EU vor knapp 2 Wochen einen Austrittsdeal aushandeln konnten, wurde dieser dem britischen House of Commons zur Abstimmung vorgelegt. Dieses hatte den Deal grundsätzlich gebilligt, stimmte aber gegen den straffen Zeitplan des Premierministers Boris Johnson, der am liebsten bereits zum heutigen 31. Oktober endgültig ausgetreten wäre. Nachdem die EU nun einem Verlängerungsantrag des Vereinigten Königreichs zustimmte, hat man im Vereinigten Königreich bis zum 31. Jänner Zeit, alles notwendige zu erledigen, um den Brexit-Deal auch in nationales Recht zu übertragen.

Premierminister Johnson hatte daraufhin Neuwahlen gefordert. Und er hat sie bekommen. Mit einer Mehrheit von 438 zu 20 sprachen sich die Abgeordneten im House of Commons für den

Antrag aus. Nun wird am 12. Dezember neu gewählt, insofern das House of Lords der Entscheidung zustimmt. Johnson erhofft sich dadurch mehr Befürworter im Parlament, um so seinen mit der EU ausgehandelten Brexit-Deal endlich umsetzen zu können.

Mehr Informationen finden Sie [hier](#)



Europäische Kommission

Nach Goulard-Desaster: Droht Macrons neuem Kandidaten das gleiche Schicksal?

Nachdem die Abgeordneten des Parlaments die französische Kommissionskandidatin Sylvie Goulard aufgrund einer anhängenden Beschuldigung der Scheinbeschäftigung abgelehnt haben, hat der französische Präsident Emmanuel Macron in der vergangenen Woche Thierry Breton, den ehemaligen französischen Finanzminister als neuen Kommissionskandidaten vorgeschlagen. Dieser läuft nun ebenfalls Gefahr, vom Parlament abgelehnt zu werden.

Laut Macron sei Breton jemand, der die erforderlichen Fähigkeiten und Erfahrungen für die Position des Kommissars für Binnenmarkt, Digitales und Verteidigung habe. Dabei wies er auch auf darauf hin, dass Breton mittlerweile als CEO mehrerer transnationaler Unternehmen fungierte.

Doch genau dies könnte sich für viele Europaabgeordnete zum Streitpunkt entwickeln: Was die Fähigkeiten und die Kompetenz betrifft, so wird das Profil von Thierry Breton tatsächlich weithin gelobt. Der Karrierepfad vom Minister bis hin zur Führung in der Privatwirtschaft trifft nicht überall auf Anklang. Es könnte eine Vielzahl von potenziellen Interessenskonflikten vorliegen, so die Befürchtungen.

Eine letztendliche Entscheidung wird aber ohnehin erst vor dem Ausschuss des EU-Parlaments getroffen, nachdem die Abgeordneten die Möglichkeit hatten, Breton einige Fragen zu stellen. Der Ausschuss könnte Breton sogar auffordern, alle seine Anteile an Atos (einer seiner Firmen) zu verkaufen, wenn der Ausschuss diese für unvereinbar mit seinem zukünftigen Mandat hält.

Die Anhörung Bretons findet dann am 12. November vor den drei für sein Portfolio relevanten Ausschüssen des Parlaments (Industrie, Binnenmarkt und Kultur) statt.

Mehr Informationen finden Sie [hier](#)



Europäische Kommission

Streit um Rumäniens neuen Kommissionskandidaten

Die rumänische Regierungschefin Viorica Dancila hat selber einen Vorschlag für die Stelle des rumänischen Kommissionskandidaten in Brüssel eingereicht, obwohl sie nach dem Scheitern ihrer letzten vorgeschlagenen Kandidatin Romana Plumb per Misstrauensvotum abgewählt wurde. Das gab harsche Kritik – sowohl von der EVP, als auch aus der eigenen Regierung.

Rumänien gehört neben Frankreich und Ungarn zu den Ländern, deren ursprünglich vorgeschlagene Kommissare vom Europaparlament abgelehnt worden waren. Die Sozialdemokratin Rovana Plumb hatte dabei vor den EU-Abgeordneten Unklarheiten über Kredite in Höhe von fast einer Million Euro nicht ausräumen können.

Rumäniens Regierungschefin Dancila war dann am 10. Oktober per Misstrauensvotum gestürzt worden. Nachfolger soll der liberal-konservative bisherige Oppositionschef Ludovic Orban werden. Über seine Ernennung stimmt das rumänische Parlament am 4. November ab. Orban hat angekündigt, danach umgehend einen eigenen Vorschlag für den Kommissionsposten zu machen.

In der Zwischenzeit hat Dancila jedoch einen neuen Kandidaten, ihren Parteifreund Victor Negrescu, nominiert. Staatschef Klaus Iohannis sprach Dancila daraufhin das Recht ab, nach den Vorgängen der letzten Wochen einen solchen Vorschlag zu machen.

Die künftige EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen hat sich von dem neuen Vorschlag der scheidenden rumänischen Regierung für ihre Kommission distanziert. Es sei klar geworden, dass der nominierte Ex-Europaminister Victor Negrescu „nicht vom rumänischen Präsidenten unterstützt wird“, teilte ihr Übergangsteam am Abend des 29. Oktobers mit.

Aufgrund der Ablehnung der drei Kommissionskandidaten aus Frankreich, Ungarn und Rumänien wird sich der Amtsantritt der neuen Kommission von der Leyens noch bis zum 1. Dezember verzögern.

Mehr Informationen finden Sie [hier](#)



Europäische Kommission

Sicherheitsunion: Kommission fordert weitere Anstrengungen und Fortschritte

Die Kommission hat am 30. Oktober Bilanz über die Fortschritte der vergangenen Jahre im Hinblick auf die Errichtung einer wirksamen Sicherheitsunion gezogen

In dem Bericht wird ein Überblick über die Initiativen gegeben, die die Kommission in einigen zentralen Bereichen der Sicherheitsunion wie der **Terrorismusbekämpfung**, dem Informationsaustausch, dem Kampf gegen Radikalisierung und der Cybersicherheit eingeleitet hat. Zugleich wird aber darauf hingewiesen, dass insbesondere bei der Umsetzung der einschlägigen EU-Vorschriften weitere Anstrengungen unternommen werden müssen.

Es wird bemängelt, dass eine Reihe von zentralen EU-Rechtsvorschriften zur Bekämpfung von Terrorismus und Cyberkriminalität noch nicht von allen Mitgliedstaaten voll umgesetzt wurden. Hierzu zählen Dossiers wie der Austausch von Fluggastdatensätzen (PNR-Daten) und die Richtlinie zur Terrorismusbekämpfung. Nur 13 Mitgliedstaaten wenden die EU-Vorschriften zur Einschränkung des Zugangs zu Feuerwaffen an, und 21 Mitgliedstaaten müssen die Geldwäschebestimmungen noch in nationales Recht umsetzen. Zudem werden die EU-Vorschriften zur Einstufung des sexuellen Missbrauchs von Kindern als Straftatbestand von 23 Mitgliedstaaten noch immer nicht durchgesetzt. Die

Kommission fordert in seinem Bericht die Mitgliedstaaten dringend auf, die notwendigen Maßnahmen einzuleiten, um die vollumfängliche Umsetzung der EU-Rechtsvorschriften im Bereich Sicherheit zu gewährleisten.

Richtschnur für die Arbeit der Kommission in diesem Bereich ist die Europäische Sicherheitsagenda aus 2015. Sie enthält die wichtigsten Maßnahmen für eine wirkungsvolle Reaktion der EU auf Terrorismus und Sicherheitsbedrohungen. Dazu gehören das Vorgehen gegen Radikalisierung, eine erhöhte Cybersicherheit, das Kappen der Terrorismusfinanzierung sowie ein verbesserter Informationsaustausch. Seit Annahme der Agenda wurden erhebliche Fortschritte bei deren Umsetzung erzielt und die Weichen für eine wirksame und echte Sicherheitsunion gestellt. Diese Fortschritte werden von der Kommission in regelmäßig veröffentlichten Berichten dargelegt.

Mehr Informationen finden Sie [hier](#).



Europäisches Parlament

EU-Parlament gegen Stärkung der Seenotrettung

In der Parlamentssitzung am 24. Oktober stimmte das Europäische Parlament gegen eine Entschließung, die die EU auffordern sollte, die Such- und Rettungsaktionen für Schiffbrüchige im Mittelmeer erneut zu intensivieren. Gerade im Lager der Konservativ-Rechten und der Liberalen stieß der Text auf wenig Anklang.

Initiiert von der sozialdemokratischen Fraktion S&D wurde mit einer Mehrheit von insgesamt nur 2 Stimmen abgelehnt.

Die Resolution, die von Abgeordneten der sozialdemokratischen Fraktion (S&D) initiiert und unterstützt wurde, wurde schlussendlich mit einer knappen Mehrheit von lediglich zwei Stimmen – in einem Parlament mit 750 Sitzen – abgelehnt.

Juan Fernandez Lopez Aguilar, seines Zeichens Vorsitzender des Ausschusses für zivile Freiheiten hatte plädiert, dass „zu viele Menschen im Mittelmeer ihr Leben verlieren“. Zudem bezeichnete er die Situation als „ernst und dringend“.

Er gab zu verstehen, dass er die Such- und Rettungsaktionen Mittelmeer nicht nur den NGO's überlassen möchte, sondern die Staaten selbst dazu auffordern wolle, sich an ihnen zu beteiligen. Humanitäre Hilfe dürfe keinesfalls kriminalisiert werden.

Das Ergebnis der Abstimmung stieß auf starke Kritik bei den NGOs. „Europa sollte mehr und besser organisierte Such- und Rettungsaktionen im Mittelmeer durchführen, um Menschenleben zu retten“, sagte zum Beispiel Raphael Shilhav von Oxfam.

Mehr Informationen finden Sie [hier](#).



Europäisches Parlament

Kandidaten für die Wahl des Europäischen Bürgerbeauftragten

Mit Beginn der neuen Legislaturperiode wählen die Abgeordneten des Europäischen Parlaments auch einen neuen Europäischen Bürgerbeauftragten. Die Kandidaten für das Amt wurden in der Parlamentssitzung im Oktober 2019 bekanntgegeben.

Der Europäische Bürgerbeauftragte beschäftigt sich hauptsächlich mit potentiellen Missständen in den verschiedenen Institutionen der EU. Dabei geht er vor allem auch Beschwerden nach, die von Staatsangehörigen, Bürgern von EU-Ländern sowie von in der EU ansässigen Unternehmen und Organisationen eingereicht werden. Diese Beschwerden haben meist ungerechte Behandlung, Diskriminierung oder fehlerhafte Verfahren zum Gegenstand. Der Bürgerbeauftragte ist allerdings nicht nur auf solche Beschwerden angewiesen, er kann auch auf eigene Initiative Untersuchungen veranlassen.

Zur Wahl für die nächste Legislaturperiode stehen fünf Kandidaten. Um überhaupt nominiert werden zu können braucht es neben ausreichender Unterstützung aus mindestens 2 Mitgliedsstaaten auch einen Nachweis, dass man über die nötige Erfahrung für die Position verfügt. Am 3. Dezember haben die Kandidaten im Zuge einer öffentlichen Anhörung im Petitionsausschusses des Parlaments die Möglichkeit, ihre Prioritäten vorzustellen. Die Wahl wird vom Parlament in geheimer Abstimmung vollzogen. Voraussichtlich wird dies in der Plenartagung im Dezember passieren.

Die Kandidaten:

Giuseppe Fortunato (Italien), derzeitiger
Bürgerbeauftragter der Region Kampanien

Julia Laffranque (Estland), Richterin am
Europäischen Gerichtshof für
Menschenrechte in Straßburg

Nils Muižnieks (Lettland), ehemaliger
Menschenrechtskommissar des Europarates

Emily O'Reilly (Irland), derzeitige Europäische
Bürgerbeauftragte und ehemalige
Journalistin

Cecilia Wikström (Schweden), ehemalige EU-
Abgeordnete

Mehr Informationen finden Sie [hier](#)



Sonstiges

EU, Island und Norwegen stimmen Vertiefung der Zusammenarbeit im Klimaschutz zu

Der Klimawandel sei eine weltweite Bedrohung und erfordere weltweite Maßnahmen: Je mehr Länder zusammenarbeiten, desto größer die Chance, dass man dieser Herausforderung Herr werde, so die EU in einer offiziellen Pressemitteilung vom 25. Oktober. An diesem Tag stimmten die EU, Island und Norwegen einer Erweiterung ihrer Kooperation, den Ausstoß von Treibhausgasen um mindestens 40% im Vergleich zu den Werten von 1990 zu senken, zu.

Island und Norwegen sind Teil des EU-Emissionshandelssystems (EU Emission Trading System – EU ETS) seit 2008. In den nächsten 10 Jahren wollen die EU, Norwegen und Island die Kooperation zum Klimaschutz intensivieren, indem man auch die Maßnahmen zur Verringerung der Emissionen aus Sektoren auf einander abstimmt, die nicht Teil des EU ETS sind, namentlich Landwirtschaft, Verkehr, Abfall und Bauwesen.

Diese Einigung ist das Resultat einer engen Zusammenarbeit zwischen den drei Parteien. Die Entscheidung bestätigt das politische Engagement, den Zielsetzungen des Pariser Abkommens tatsächlich nachkommen zu wollen.

Island und Norwegen werden folgende bereits bestehende EU-Klimagesetze übernehmen:

„Island und Norwegen verpflichten sich, für die Wirtschaftssektoren, die nicht in den Anwendungsbereich des EU-Emissionshandelssystems fallen, nämlich Landwirtschaft, Verkehr, Abfall und Bauwesen, verbindliche jährliche Treibhausgasemissionsziele für den Zeitraum 2021–2030 festzulegen. Sie

werden die gleichen Verpflichtungen und Flexibilität wie die EU-Mitgliedstaaten haben, um eine faire und kosteneffiziente Erreichung ihrer Ziele zu ermöglichen.“

Island und Norwegen werden dafür sorgen, dass die Treibhausgasemissionen aus Landnutzung, Landnutzungsänderungen und Forstwirtschaft im Berichtszeitraum durch eine mindestens gleichwertige Entnahme von Kohlendioxid aus der Atmosphäre ausgeglichen werden, die sogenannte "No-Debit" -Regel. Es gelten die gleichen Verpflichtungen und Rechnungslegungsvorschriften wie in den EU-Mitgliedstaaten.

Mehr Informationen finden Sie [hier](#).



Sonstiges

Endgültige Wahlbeteiligungsdaten für die Europawahlen 2019 bekannt gegeben

Am 18. Oktober 2019 veröffentlichte die britische Wahlkommission die endgültige Zahl der registrierten WählerInnen im Vereinigten Königreich für die Europawahlen 2019. Mit dieser Veröffentlichung haben alle 28 EU-Mitgliedstaaten offiziell ihre endgültigen nationalen Wahlbeteiligungsdaten bekannt gegeben und die offizielle endgültige Wahlbeteiligung festgelegt. Demnach betrug die Wahlbeteiligung EU-übergreifend 50,66%. Dies stellt einen Anstieg von 8,06 Prozentpunkten im Vergleich zu 2014 dar.

Insgesamt 20 Staaten konnten einen Anstieg in der Wahlbeteiligung verzeichnen, darunter Österreich, Polen, Rumänien, Spanien, Ungarn und Deutschland. Auch viele Länder mit traditionell geringer Wahlbeteiligung in Europawahlen, wie die Slowakei und die Tschechische Republik zeigten sichtbare Anstiege. Auf der anderen Seite verzeichneten 8 Länder einen Rückgang der Wähler, jedoch kein Staat mehr als 3% Prozentpunkte.

Die soziodemografische Analyse zeigt, dass die Wahlbeteiligung für alle Bevölkerungsgruppen

gestiegen ist. Obwohl ältere Menschen nach wie vor häufiger wählen, ist der Anstieg zwischen 2014 und 2019 bei jungen Menschen unter 25 Jahren (42%, +14 Prozentpunkte) und zwischen 25 und 39 Jahren (47%, +12 Prozentpunkte) im Vergleich zu den über 55-Jährigen (54%, +3 pp) deutlich größer. Insgesamt bedeutet dies, dass sich die Unterschiede zwischen den Altersgruppen im Vergleich zu 2014 im Jahr 2019 verringert haben.

Mehr Informationen finden Sie [hier](#)



Laufende Konsultationen

Die Europäische Kommission bietet eine Reihe an Möglichkeiten der Bürgerbeteiligung. [Öffentliche Konsultationen](#) ermöglichen es Ihnen, sich während verschiedener Phasen des Beschlussfassungsverfahrens zu EU-Strategien zu äußern. Die neuesten der laufenden Konsultationen finden Sie in der folgenden Liste.

[Evaluierung des Beitrags des ESF zur sozialen Inklusion](#)

Beschäftigung und Soziales

26 September 2019 - 19 Dezember 2019

[Validierung des nichtformalen und informellen Lernens – Bewertung](#)

Allgemeine und berufliche Bildung

7 August 2019 - 13 November 2019



Europäische Kommission

Die Tagesordnung der wöchentlichen Sitzung der Europäischen Kommission finden Sie [hier](#).

Europäisches Parlament

Den Entwurf der Tagesordnung finden Sie [hier](#).

Den Video-Stream der letzten Plenarsitzung finden Sie [hier](#).

Rat der Europäischen Union

Die aktuellen Ratssitzungen finden Sie [hier](#).

Europäischer Gerichtshof

Zum Kalender des Europäischen Gerichtshofs für die folgende Woche gelangen Sie [hier](#).

Ausschuss der Regionen

Zum Sitzungskalender des AdR gelangen Sie [hier](#).

Stellenausschreibungen

Zu den laufenden Stellenausschreibungen in der EU gelangen Sie [hier](#).

EU-Bookshop

Interessante Veröffentlichungen aus der EU finden Sie [hier](#).

Impressum

Gemeinsame Vertretung der Europaregion Tirol -

Südtirol - Trentino bei der EU

Land Tirol

Rue de Pascale 45-47

B-1040 Brüssel

Tel.: 0032 2 743 27 00

Fax: 0032 2 742 09 80

E-Mail: info@alpeuregio.eu

Homepage: www.alpeuregio.org

Redaktion und Bearbeitung:

Direktor Mag. Dr. Richard Seeber

Sandra Gintsberger

Paul Egger